

Die Presseerklärung der CDU und der Leserbrief des Herrn Weber haben uns veranlasst, noch einmal kurz darzulegen, wie und warum wir zu unseren bisherigen Standpunkten gekommen sind. In vielen Äußerungen scheinen die bestehenden Probleme und Zusammenhänge nicht hinreichend bewusst zu sein.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen:

1. Die Stadt Bad Laasphe hat seit vielen Jahren mit den Problemen eines nicht ausgeglichenen Haushaltes zu kämpfen, die nach einstimmigem Ratsbeschluss durch Einsparungen bis spätestens 2022 gelöst werden müssen
2. Angesichts der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung und dramatisch zurückgehender Schülerzahlen leben wir über unsere Verhältnisse. Wir können uns auch unter Berücksichtigung bilanzieller Werte von Gebäuden den derzeitigen Gebäudebestand wegen der laufenden immer wiederkehrenden Unterhaltungskosten und wegen des in allen Gebäuden notwendigen Sanierungsaufwandes nicht länger leisten.
3. Es gilt daher zu überlegen, von welchen Gebäuden können wollen wir uns am ehesten trennen, um am Ende das Ziel von Kosteneinsparungen und Haushaltsausgleich zu erreichen, ohne dabei übergeordnete politische Zielvorstellungen aufzugeben.
4. Dabei haben wir uns von folgenden Vorgaben leiten lassen:
  - a. Die bisherigen Grundschulstandorte sollten erhalten bleiben unter Berücksichtigung des Grundsatzes „kurze Beine – kurze Wege“.
  - b. Die Dorfgemeinschaftshäuser und die Volkshalle in Feudingen sollten nach Möglichkeit aus regionalpolitischen Gründen im Sinne der Erhaltung von Dorfleben ihre Funktion behalten.
  - c. Die Dreifachturnhalle im Schulzentrum Gennernbach muss als einzige Sporthalle dieser Größenordnung im Stadtgebiet für Schulsport, Vereine und überregionale Veranstaltungen erhalten bleiben.
5. Daraus folgt, dass die notwendigen Einsparungen im Gebäudebestand im Wesentlichen in der Kernstadt erfolgen müssen.

6. Wir wissen, dass die Hauptschule als Schulform nicht erhalten werden kann. Das Gebäude wird in einem überschaubaren Zeitraum leer stehen.
7. Der Erhalt der Dreifachturnhalle lässt nach unseren Überlegungen den Erhalt des Schulstandortes Gennernbach als sinnvoll erscheinen, sodass die Verlagerung der Grundschule aus diesem und anderen Gründen geprüft werden sollte.
8. Das bisherige Grundschulgebäude wäre aufgrund der Gebäudesubstanz und der Lage als Rathausstandort durchaus geeignet.
9. Könnte das Rathausareal verkauft werden, wären die Unterhaltungskosten für dieses Gebäude **dauerhaft** eingespart, Sanierungskosten für dieses Gebäude (insbesondere für die Beseitigung der Feuchtigkeitsprobleme im Kellergeschoss, die energetische Sanierung und den Brandschutz) für dieses Gebäude würden nie wieder erforderlich, und der Verkaufserlös würde mehr als nur die Umzugskosten finanzieren.
10. Um vergleichbare Einnahmen und Einsparungen zu erzielen, würde vermutlich nicht einmal die Aufgabe aller Dorfgemeinschaftshäuser ausreichen.
11. Zur Attraktivitätssteigerung insbesondere bei Gästen und jüngeren Mitbürgern sind die Verbesserung des Einzelhandelsangebotes und die Aufwertung der Altstadt dringend erforderlich. Bei Wäsche und Textilien beispielsweise wird der Bedarf zu mehr als 80 % außerhalb unseres Stadtgebietes abgedeckt, Bei Herrenoberbekleidung dürfte der Prozentsatz noch höher sein. Das Einzelhandelskonzept zeigt daher Lösungsansätze auf, die auch den Zielen der Landesplanung entsprechen. Jeder Einkauf in unserer Heimatstadt stärkt die Wirtschaftskraft und bietet zusätzliche Arbeitsplätze.

Trotz der gebotenen Kürze ist hoffentlich deutlich geworden, wie und warum wir zu den bisherigen Überlegungen gekommen sind. Ungeachtet dessen sind wir völlig offen für andere Ideen, wenn diese zu ähnlichen Kosteneinsparungen führen. Wir werden uns daher unvoreingenommen an der Überprüfung aller öffentlichen Gebäude beteiligen, um die wirtschaftlich sinnvollsten und tragfähigsten Konzepte zu finden. Das schließt selbstverständlich auch mögliche Verkäufe an Kaufinteressenten ein, die den Erhalt der erworbenen Gebäude planen, verbunden mit einer Umnutzung.

Was **nicht** funktionieren wird, ist, in allgemeiner Form Einsparungen zu fordern und den Haushaltsausgleich anzustreben, ohne dass es dabei zu Veränderungen kommen soll.

Wir sehen dem Ringen um den besten Weg für die Entwicklung unserer Heimatstadt mit großem Interesse entgegen und werden uns an diesem Prozess sachlich und konstruktiv beteiligen. Jedem Ratsmitglied und jedem Bürger muss allerdings klar sein, dass ein Scheitern dieses Prozesses zur Kostensenkung zwangsläufig zu Steuererhöhungen führen wird, die wir unbedingt vermeiden wollen.

SPD Fraktion	SPD Stadtverband	SPD OV Bad Laasphe	SPD OV Banfetal	SPD OV Oberes Lahntal
Nils Wacker	Samir Schneider	Waltraud Schäfer	Stephan Wagner	Dirk Hartisch